

Fragestunde

158. SPD-Fraktion

Abgeordnete Elisabeth Alter und Tina Fischer

- Änderung der Schleusenzeiten -

In der „Märkische Oderzeitung“ vom 19.03.2015 hieß es: „Ab sechs sind die Schleusen dicht“. Die „Amtliche Bekanntmachung Nr. 02/2015“ vom Wasser- und Schifffahrtsamt Berlin bestätigen diese Befürchtung. Die Schleusenzeiten in Wendisch Rietz, Kummersdorf, Storkow (Mark) und Neue Mühle (Königs Wusterhausen) werden drastisch verkürzt. Unsere Wassertourismusregion trifft diese Nachricht wie ein Schlag!

Der Landkreis Dahme-Spreewald nennt dies in einer Pressemitteilung „einen Rückschritt – das wäre eine Strafe für Unternehmen, Kommunen und Gäste der Region!“

Bei einer Anfahrt von mehreren Stunden ist ein Erreichen der hiesigen Seen über das Wasserstraßennetz und die damit verbundenen Schleusen innerhalb eines Tages kaum noch möglich.

Dabei sind wir uns einig, die Schleusenzeiten müssen eher verlängert als gekürzt werden. In den Sommermonaten gibt es Staus vor den Schleusen. Lange Wartezeiten müssen bereits jetzt in Kauf genommen werden! Wie soll das erst in Zukunft werden?

Hier werden Einsparungen auf Kosten der Wirtschaft und des Tourismus gemacht – dass kann nicht das Ziel für unser Reiseland Brandenburg sein!

Aus diesem Grund fragen wir die Landesregierung, welche Unterstützungen kann sie für die Aufrechterhaltung der Schleusenzeiten von 07:30 Uhr bis 22:00 Uhr leisten?

159. CDU-Fraktion

Abgeordnete Dr. Saskia Ludwig

- Landesmittel für kommunale Bildungsinfrastruktur -

Die die Landesregierung tragenden Parteien haben im Koalitionsvertrag ein „Investitionsförderprogramm“ angekündigt, in dem ausdrücklich 80 Millionen Euro für „kommunale Bildungsinfrastruktur“ vorgesehen sind. In der von der Landesregierung beschlossenen Fassung des Doppelhaushalts 2015/2016 sind 15 Millionen für Bildungsinfrastruktur eingestellt. In der Landtagsitzung vom 22. Januar erklärte der Finanzminister, die Landesregierung werde „zur nächsten Landtagssitzung im März ... (die) entsprechenden Rahmenseetzungen zum Landeshaushalt und zu diesem Investitionsprogramm“ formulieren (Plenarprotokoll vom 22.01.15, S. 335).

Ich frage die Landesregierung: Unter welchen Voraussetzungen können Schulträger wann Landesmittel für Investitionen in Schulgebäude beantragen?

160. Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Thomas Domres

- Erhöhung der Akzeptanz beim Netzausbau -

Das Bundeskabinett hat im März einen Gesetzentwurf zur Änderung von Bestimmungen des Rechts des Energieleitungsbaus beschlossen. Darin sollen die Möglichkeiten zur Teilerdverkabelung erweitert werden und der Turnus der Netzentwicklungsplanung auf zwei Jahre festgelegt werden.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie den vom Bundeskabinett beschlossenen Gesetzentwurf?

161. AfD-Fraktion

Abgeordneter Steffen Königer

- Errichtung von Flüchtlingsunterkünften -

In vielen Orten Brandenburgs gibt es vor, während und nach der Errichtung von Flüchtlingsheimen Proteste von Anwohnern gegen diese Entscheidung. Zuletzt in Kittlitz, einer Gemeinde mit rund 100 Einwohnern, wo ab Herbst 130 Flüchtlinge untergebracht werden sollen.

Ich frage die Landesregierung: Welche konkreten Schritte hat sie unternommen, um die gesellschaftliche Akzeptanz für Flüchtlingsunterkünfte in unserem Land zu steigern?

162. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abgeordneter Michael Jungclaus

- IKW Rüdersdorf -

Der Brand in der Müllverbrennungsanlage von Vattenfall in Rüdersdorf am Ostermontag hat die Bedenken der Bevölkerung vor Ort gegen die Anlage weiter verstärkt. Laut Presseberichterstattung sah sich die Feuerwehr gezwungen, rund 4 000 Tonnen Müll kontrolliert abbrennen zu lassen, da eine Löschung nicht möglich war. Seit der Inbetriebnahme der Anlage war es bereits der dritte Müllbrand.

Angesichts des erneuten Brandes in der Müllverbrennungsanlage von Vattenfall in Rüdersdorf frage ich die Landesregierung: Welche Informationen liegen ihr zur Ursache, Verlauf und Gefährdung vor?

163. BVB / FREIE WÄHLER Gruppe**Abgeordneter Péter Vida**- Verfahren beim Ländertauschverfahren für Lehrer -

Das Land Brandenburg wirbt intensiv und in zahlreichen Bundesländern um neue Lehrkräfte. Zugleich besteht das Ländertauschverfahren für Lehrer. Hierbei müssen die Bewerbungen bei den jeweiligen Regionalstellen des Landesschulamtes eingehen. Einstellungen erfolgen zum Beginn eines Schuljahres zum 01.08.

Es liegen Informationen vor, dass der Leiter der Regionalstelle Brandenburg an der Havel gegenüber Bewerbern geäußert habe, dass er keine genaue Kenntnis über den Entscheidungsprozess der aufgrund des Tauschverfahrens eingehenden Bewerbungen habe und dass etwaige Absagen von „externen Stellen“ erstellt würden. Eine aus Brandenburg stammende Bewerberin, die derzeit in Hamburg lebt, sich in Brandenburg als Gymnasiallehrerin, hilfsweise als Grundschullehrerin beworben hat und gern nach Brandenburg zurückkehren würde, hat auf ihre in den beiden letzten Jahren eingereichten Bewerbungen keine Antwort erhalten. Auch mündliche Nachfragen wurden ergebnislos abgewiesen. Die Frist über die Entscheidung zur Einstellung zum Schuljahr 2015/16 drängt.

Ich frage die Landesregierung: Wer entscheidet aufgrund welcher Weisungen in welcher Frist über Bewerbungen im Rahmen des Ländertauschverfahrens?

164. SPD-Fraktion**Abgeordneter Udo Folgart**- Das Benutzen von Kraftfahrstraßen durch landwirtschaftliche Fahrzeuge -

Für Landwirte wird das Durchfahren von Ortschaften oder das Benutzen von kombinierten Agrar-, Rad- und Fußwegen mit Landmaschinen zunehmend schwieriger. Die Hauptursachen sind die zunehmende Größe der Maschinen, das wachsende Verkehrsaufkommen, aber auch die höheren Geschwindigkeiten, für die moderne Landmaschinen heute zugelassen sind. Das setzt Landwirte, Bewohner und andere Verkehrsteilnehmer einem erhöhten Unfallrisiko aus, was wiederum zu interessensgebundenen Konflikten innerhalb von Ortschaften führt. Beispielhaft seien hier der Ortsteil Wustermark und sein Gemeindeteil Dyrotz im Landkreis Havelland genannt. Das Benutzen der Ortsumgehung über die vierspurige Bundesstraße 5 als Kraftfahrstraße mit Fahrzeugen unterhalb von 60 km/h ist derzeit nicht gestattet. Davon sind fast 100 Prozent der Landmaschinen betroffen.

Ich frage die Landesregierung: Ist es möglich, für die betroffenen Ortslagen Regelungen zu schaffen, die das Benutzen von Kraftfahrstraßen vorsehen, wenn damit eine Entlastung und Risikominimierung von anderen Verkehrsteilnehmern einhergeht?

165. CDU-Fraktion**Abgeordnete Roswitha Schier**- Finanzierung der Altenpflegeschulen -

In der Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie am 15.04.2015 hat Sozialministerin Golze darüber informiert, dass auch die Alten-

pflegeschulen 2015 und 2016 mehr Geld für die Ausbildung erhalten. Die Unterfinanzierung der Ausbildung wird von der Landesarbeitsgemeinschaft der Altenpflegeschulen seit Jahren kritisiert. Dem Haushalt ist nicht zu entnehmen, wie sich der Schülerkostensatz im Einzelnen entwickelt.

Ich frage die Landesregierung: Wie wird sich die Höhe des Schülerkostensatzes im Vergleich zum bisherigen Satz von 330 Euro verändern?

166. Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter René Wilke

- Soziale Lage von Pflegebedürftigen -

20 Jahre nach Einführung der Pflegeversicherung werden deutschlandweit immer mehr Pflegebedürftige zum Sozialfall. Medienberichten zufolge stieg die Zahl der Empfänger von staatlicher Hilfe zur Pflege seit 2005 um rund 31 Prozent. Rund 444 000 Pflegebedürftige waren 2013 auf finanzielle Unterstützung angewiesen, 2005 waren es noch knapp 340 000. Auch die staatlichen Nettoausgaben zur Finanzierung armutsgefährdeter Pflegebedürftiger hat sich erhöht: von 2,61 Milliarden Euro im Jahr 2005 auf 3,34 Milliarden im Jahr 2013.

Ich frage die Landesregierung: Wie hat sich die soziale Lage von Pflegebedürftigen im Land Brandenburg in den vergangenen zehn Jahren entwickelt?

167. CDU-Fraktion

Abgeordneter Frank Bommert

- Auftragsvergabe S-Bahn Berlin -

Die S-Bahn Berlin, eine 100-prozentige Tochter der Deutschen Bahn, hat den Bau von Wagen für den Betrieb des Berliner S-Bahn-Rings neu ausgeschrieben. Das Unternehmen Bombardier wurde aus dem Ausschreibungsverfahren ausgeschlossen, die Deutsche Bahn habe die Anforderungen ohne erkennbaren Grund verschärft. Die Bitte, die Frist zu verlängern, sei seitens der Bahn abgelehnt worden. Der Betriebsrat teilt in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten mit, dass dieser Auftrag für das Unternehmen „von erheblicher strategischer und beschäftigungspolitischer Bedeutung“ ist, der 1 000 Arbeitsplätze für die nächsten zehn Jahre sichern würde.

Ich frage die Landesregierung: Welche Maßnahmen ergreift sie, um ein faires und transparentes Ausschreibungsverfahren bei der S-Bahn Berlin sicherzustellen, so dass dem Unternehmen Bombardier eine gleichberechtigte Teilnahme am Verfahren möglich ist?

168. Fraktion DIE LINKE

Abgeordnete Kerstin Kaiser

- Schluss mit Armeewerbung an Schulen? -

Die Bundeswehr hat Nachwuchsbedarf. Laut Presseberichten lässt die Bundesverteidigungsministerin die Werbung an Schulen verstärken. Traditionell kommen extra ausgebildete Jugendoffiziere in den Unterricht und halten Vorträge. Beispielsweise

spielen Schüler auch in Kasernen das Rollenspiel „Pol&IS“, in welchem Kriegführen als notwendig dargestellt wird.

Nicht nur Kinderrechtler kritisieren das. Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes forderte die Bundesregierung bereits vor einem Jahr auf, Bundeswehrwerbung bei Minderjährigen zu verbieten. Die Lehrgewerkschaft GEW sieht in dieser Praxis einen Verstoß gegen die Grundsätze der politischen Bildung, weil nur einseitig informiert werde. Vertreter friedenspolitischer Organisationen sind - im Vergleich zur Bundeswehr - in ihren Zugangsmöglichkeiten an Schulen stark eingeschränkt.

In mehreren Bundesländern laufen widersprüchliche Auseinandersetzungen. Manche wollen die Armeewerbung an Schulen einschränken, darunter Sachsen-Anhalt und Thüringen. Im Erfurter rot-rot-grünen Koalitionsvertrag steht u. a., dass an Schulen künftig „keine Unterrichts-, Informations- und Bildungsveranstaltungen in alleiniger Durchführung der Bundeswehr mehr stattfinden“ sollen. Andere Länder schließen konkrete Kooperationsverträge mit der Bundeswehr ab und schreiben die Rahmenbedingungen dafür fest.

Ich frage die Landesregierung: Welche Position bezieht sie in diesem Streit zu politischen Vorgaben, nach denen die Schulen zeitgleich mit der Bundeswehr auch Vertreterinnen und Vertreter von Friedensinitiativen einladen und zur Diskussion zulassen müssen?

169. AfD-Fraktion

Abgeordnete Christina Schade

- Förderung der berlinfernen Regionen -

Laut Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 365 (Drucksache 6/795) fand keine Neuorientierung der Regionalförderung statt, obwohl eine Konzentration auf die Infrastrukturprobleme der berlinnahen Regionen angestrebt wird. Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion im Landtag Brandenburg sagte laut PNN: „Wir müssen denen helfen, die unter Wachstumsschmerzen leiden, im Gegensatz zu den Gemeinden mit starkem Rückgang der Bevölkerung in den ferneren Regionen.“

Ich frage die Landesregierung: Wie wird vor diesem Hintergrund die Förderung der berlinfernen Regionen sichergestellt?

170. CDU-Fraktion

Abgeordneter Henryk Wichmann

- Geburtshilfe sowie Kinder- und Jugendmedizin im Krankenhaus Templin -

Im Raum Templin sind derzeit viele junge Familien beunruhigt, weil es Informationen gibt, dass mit einer erneuten Fortschreibung des Krankenhausplanes Umstrukturierungen im Sana Krankenhaus Templin geplant sind. So ist davon die Rede, dass es künftig wegen der geringen Anzahl der Entbindungen keine Geburtshilfe und auch keine Kinder- und Jugendmedizin mehr geben soll. Die Schließung der Geburtshilfe und der Kinder- und Jugendmedizin wäre ein entscheidender Standortnachteil für diesen Teil der Uckermark. Insbesondere junge Familien, die in der Uckermark bleiben wollen oder dorthin zurückkehren würden, legen Wert auf eine möglichst wohnortnahe geburtshilfliche und kinderärztliche Versorgung.

Ich frage die Landesregierung: Welche Möglichkeiten sieht sie, gemeinsam mit den Verantwortlichen der Sana Kliniken AG die Geburtshilfe und die Kinder- und Jugendmedizin in Templin zu erhalten?

171. Fraktion DIE LINKE

Abgeordnete Anita Tack

- Investitionspaket der Bundesregierung -

In der 44. Sitzung des Bundestagsausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bauen und Reaktorsicherheit am 22.04.2015 gab die Bundesregierung einen Bericht zum „Investitionspaket der Bundesregierung in den Bereichen Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Energieeffizienz im Gebäudebereich“. Darin sind innerhalb der Zuständigkeit des BMUB in den Jahren 2016 bis 2018 insgesamt 859 Mio. Euro, insbesondere für Klimaschutz und Stadtentwicklung vorgesehen. Darüber hinaus ist im neuen 3,5 Mrd. Euro-Investitionsprogramm für finanzschwache Kommunen neben der Förderung der energetischen Sanierung der sozialen, der Schul- und der sonstigen Infrastruktur in den Kommunen, auch der Städtebau einschließlich des altersgerechten Umbaus und der Barrierefreiheit sowie Investitionen mit Schwerpunkt Klimaschutz verankert.

Daher frage daher die Landesregierung: Mit welchen Schwerpunkten bzw. mit welchen Projekten wird sich Brandenburg an diesem Investitionspaket bewerben, insbesondere in Hinblick auf die Schaffung preiswerten Wohnraums?

172. CDU-Fraktion

Abgeordnete Barbara Richstein

- Aufhebung der Zweiteilung des Landes Brandenburg bei der EU-Förderung -

Das Land Brandenburg hat das Ziel, in der nächsten EU-Förderperiode wieder als einheitliche Fördergebietskulisse betrachtet zu werden. Die entsprechende NUTS-Verordnung wurde dazu bereits geändert. Jedoch war bislang noch offen, ob die EU-Kommission für die Fördergebietseinteilung in der neuen Förderperiode die dementsprechend geänderte NUTS-Verordnung bereits zugrunde legt.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist der aktuelle Sachstand bezüglich der Erreichung des Ziels einer einheitlichen Fördergebietseinteilung entsprechend der geänderten NUTS-Verordnung für die nächste EU-Förderperiode?

173. AfD-Fraktion

Abgeordneter Sven Schröder

- Förderung von Windenergieanlagen -

Die Landesregierung sieht sich aufgrund der kontinuierlichen Errichtung von Windenergieanlagen nicht veranlasst, die Wirtschaftlichkeit dieser Anlagen zu untersuchen und verlässt sich damit ausschließlich auf das Wachstum der Anzahl von Windenergieanlagen als Indikator für einen grundsätzlich vermuteten wirtschaftlichen Betrieb der Anlagen.

Demnach ist es unbekannt, ob Windenergieanlagen nach wirtschaftlichen Erfordernissen überhaupt errichtet und betrieben werden können.

Da Windenergieanlagen durch das EEG gefördert und erhebliche Steuermittel dafür aufgewendet werden, frage ich die Landesregierung: Wie erklärt sie die Verteilung von Fördermitteln auf Grundlage des EEG für Vorhaben und Investitionen, deren Wirtschaftlichkeit nicht bekannt ist?

174. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abgeordnete Marie Luise von Halem

- Taktverdichtung durch mehr Züge auf der Strecke Werder - Potsdam -

Die Zeppelinstraße in der Stadt Potsdam ist die Haupteinfahrtsstraße für Pendlerinnen und Pendler, die aus Richtung Brandenburg an der Havel, Werder, Geltow nach Potsdam fahren. Mit 27 000 Fahrzeugbewegungen pro Tag ist die Straße stark frequentierte Verkehrsader (B1) und Unfallschwerpunkt. Hohe Stickoxid- und Feinstoffwerte an der Dauermessstelle in der Zeppelinstraße sind ein Problem, in den vergangenen Jahren kam es regelmäßig zur Überschreitung gesetzlich vorgegebener EU-Grenzwerte. Es gibt daher Pläne, die B1 innerhalb Potsdams in der Zeppelinstraße für den Autoverkehr auf drei Spuren zu reduzieren. Viele Bürgerinnen und Bürger auch aus den Umlandgemeinden haben Sorge vor langen Staus und fordern Alternativen für den ÖPNV.

Parallel zur Zeppelinstraße und zur B1 verläuft die Bahnstrecke Werder - Potsdam-Berlin. Eine Verdichtung des Haltetaktes durch mehr Züge hätte eine Verkehrsentslastung auf der Zeppelinstraße zur Folge.

Daher frage ich: Wird sich die Landesregierung für mehr Zugverbindungen auf der Strecke Werder - Potsdam einsetzen?

175. CDU-Fraktion

Abgeordnete Dr. Saskia Ludwig

- Sicherheitsrisiken durch den Einsatz von Windows XP in der Brandenburger Verwaltung -

Laut verschiedener Medienberichte gibt es im Land Berlin erhebliche Probleme bei der Umstellung der Computersoftware von Windows XP auf modernere Betriebssysteme. Aufgrund des ausgelaufenen Supports für Windows XP bestehen bei der Weiterverwendung dieser Software erhebliche Sicherheitsrisiken, insbesondere im Hinblick auf hochsensible persönliche Daten.

Ich frage die Landesregierung: Drohen in der Brandenburger Verwaltung mögliche Sicherheitsrisiken durch den Einsatz von Windows XP?

176. Fraktion DIE LINKE**Abgeordneter Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg**- Rechtliche Bedenken zum Nießbrauchvertrag Pfingstberg -

Im Zusammenhang mit der Einzäunung eines 60 000 m² großen Grundstücks am Pfingstberg gibt es starke Proteste in Potsdam. In einer von der Pfingstberg Initiative Potsdam in Auftrag gegebenen rechtlichen Prüfung des von der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg mit der MDB Vermögensverwaltung KG abgeschlossenen Nutzungs- und Sanierungsvertrages wird ein Verstoß gegen das geltende Vergaberecht wegen einer unzulässigen de-facto-Vergabe festgestellt.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die rechtlichen Bedenken zum Nutzungs- und Sanierungsvertrag, den die Schlösserstiftung mit der MDB Vermögensverwaltung KG abgeschlossen hat?

177. CDU-Fraktion**Abgeordneter Dr. Jan Redmann**- Sanierung der L 145 im Bereich Papenbruch -

Die Landesstraße 145 im Bereich Papenbruch ist, auch aufgrund von Schwerlastverkehr, einer hohen Verkehrsbelastung ausgesetzt. Durch den schlechten Zustand der Gosse gibt es erhebliche Defizite bei der Oberflächenentwässerung. Dies zieht eine ständige Gefährdung von Radfahrern und Fußgängern aufgrund von Spritzwasser nach sich. Im kommenden Jahr wird die Gemeinde Heiligengrabe entlang der Ortsdurchfahrt beidseitig einen Gehweg errichten.

Ich frage die Landesregierung: Wird der Landesbetrieb Straßenwesen im Zuge der Baumaßnahme der Gemeinde eine Erneuerung von Gosse und Bordstein durchführen?

178. Fraktion DIE LINKE**Abgeordnete Anita Tack**- Nachhaltige Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur -

Am 16. und 17. April tagte die Verkehrsministerkonferenz in Rostock. Eines der wichtigen Themen war die nachhaltige Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur. Diese Problemstellung wird seit über einem Jahr auch in der Öffentlichkeit heftig diskutiert, die in die finanzielle Verantwortung des Bundes große Erwartungen setzt. Forderungen der Länder sollten dabei einen hohen Stellenwert haben, da sich in den jeweiligen Ländern die Umsetzungsprozesse bzw. Konfliktlagen konkret darstellen.

Ich frage daher die Landesregierung: Wie hat sich die Verkehrsministerkonferenz, insbesondere das Land Brandenburg, zur nachhaltigen Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur positioniert angesichts der gegenwärtigen und der prognostizierten Zustandsanalysen der Verkehrsinfrastruktur und der wachsenden Mobilitätsbedürfnisse der Menschen?

179. AfD-Fraktion**Abgeordneter Andreas Kalbitz**- Einstufung von Straßen -

Ich frage die Landesregierung: Wie viele Landesstraßen wurden in den letzten fünf Jahren zu Kreis- oder Gemeindestraßen abgestuft - und damit aus der Verantwortung des Landes Brandenburg entlassen - bzw. Kreis- oder Gemeindestraßen zu Landesstraßen aufgestuft?

180. Fraktion DIE LINKE**Abgeordneter Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg**- Teilnahme von Berufstätigen an den Sitzungen der Polizeibeiräte -

Der Polizeibeirat soll als Bindeglied zwischen Bevölkerung, kommunaler Gebietskörperschaft und Polizei fungieren. Dabei sollen die Mitglieder das vertrauensvolle Verhältnis zwischen diesen Institutionen fördern, die Tätigkeit der Polizei unterstützen sowie Anregungen und Wünsche der Bevölkerung an die Polizei herantragen. Die Beratungen der Polizeibeiräte finden erfahrungsgemäß überwiegend im Laufe des Tages statt.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist sichergestellt, dass Arbeitnehmer, insbesondere aus der Privatwirtschaft, diese Aufgabe wahrnehmen und ausüben können?

181. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**Abgeordnete Marie Luise von Halem**- Geht die „Digitale Dividende II“ komplett in den Breitbandausbau? -

Am 11. Dezember 2014 hat die Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vereinbart, gemeinsam mit dem Bund bis 2018 eine flächendeckende Breitbandversorgung mit mindestens 50 Mbit/s zu erreichen. Der Bund wird die Erlöse aus der Versteigerung der nicht mehr benötigten 700-MHz-Frequenzen, die sogenannte „Digitale Dividende II“, für den Breitbandausbau zur Verfügung stellen, hälftig für den Bund und die Länder. Ministerpräsident Dr. Woidke begrüßt das Vorhaben und nennt in der Pressemitteilung der Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 11. Dezember 2014 die „Versorgung mit schnellem Internet ... eine grundlegende Voraussetzung, damit der Industrie- und Wirtschaftsstandort Deutschland überall weiter gestärkt wird.“

Ich frage die Landesregierung: Wie wird sie den in Aussicht gestellten Betrag in den Breitbandausbau investieren?

182. Fraktion DIE LINKE**Abgeordneter Thomas Domres**- Abwasseranschluss der Landhofsiedlung Schöneiche -

Presseberichten zufolge soll die Landhaussiedlung in Schöneiche, ein mit öffentlichen Mitteln gefördertes ökologisches Vorzeigeprojekt, an die zentrale Abwasserentsorgung angeschlossen werden, obwohl es eine voll funktionsfähige Pflanzenkläran-

lage gibt. Der Anschluss und die laufende Abwasserentsorgung sind für die Bewohner mit Kosten verbunden. Die Gemeinde befürwortet den Erhalt der Pflanzenkläranlage.

Ich frage die Landesregierung: Welche rechtlichen Möglichkeiten gibt es, die Landhaussiedlung vom Anschlusszwang auszunehmen?

183. AfD-Fraktion

Abgeordneter Thomas Jung

- Finanzierung der Erstaufnahmeeinrichtung in Wünsdorf-Waldstadt -

Wegen der weiterhin steigenden Zahl von Asylbewerbern reichen die bisherigen Kapazitäten des Landes mit der Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung in Eisenhüttenstadt und anderen Außenstellen nicht aus. So sagte es ein Sprecher des Innenministeriums am 18.04.2015 (MAZ vom 20.04.2015). Derselben Pressemitteilung zufolge könne eine Erstaufnahmeeinrichtung in Wünsdorf-Waldstadt ab 2016 stufenweise in Betrieb gehen. Zunächst würden 500 Menschen aufgenommen, später dann bis zu 1 200. Behörden müssten umziehen. Die Kosten sind ungeklärt. Ein Ende des Zustroms ebenfalls.

Ich frage die Landesregierung: Wie soll der Umbau und der Betrieb dieser Erstaufnahmeeinrichtung finanziert werden?

184. Fraktion DIE LINKE

Abgeordnete Isabelle Vandré

- Krankmeldung bei Prüfungen -

In der Regel reicht für Studierende bei einer krankheitsbedingten Abmeldung von einer Prüfung ein Attest eines Arztes. Bundesweit gibt es aber in den letzten Jahren die Tendenz, dass Hochschulen zusätzlich zu den Attesten auch noch Angaben zu Symptomen oder sogar die Freistellung von der ärztlichen Schweigepflicht fordern. Die bundesweite Studierendenvertretung, der fzs, hat diese Praxis mehrmals scharf kritisiert. So ist sowohl der Umgang mit sensiblen Krankheitsdaten problematisch als auch die fehlende Kompetenz der Prüfungsämter bei der Bewertung von Krankheitsbildern.

Ich frage die Landesregierung daher: Welche Erkenntnisse hat sie zu der Anwendung der beschriebenen bundesweiten Tendenz an Brandenburger Hochschulen?

185. Fraktion DIE LINKE

Abgeordnete Anita Tack

- Tempolimit 30 km/h vor Kitas, Schulen und Seniorenheimen -

Die Bundesregierung beabsichtigt, die Straßenverkehrsordnung so zu ändern, dass eine Geschwindigkeitsbegrenzung von höchstens 30 km/h an innerstädtischen Hauptstraßen vor Kitas, Schulen und Seniorenheimen bundesweit vorgeschrieben wird. Die Verkehrsministerkonferenz unterstützt dieses Anliegen.

Damit soll eine einheitliche gesetzliche Grundlage zum besonderen Schutz von Kindern und deren Eltern sowie Seniorinnen und Senioren im Straßenverkehr geschaffen werden. Diese Forderung wird seit langem von Eltern, Erzieherinnen und Erziehern, Lehrerinnen und Lehrern und älteren Menschen als eine wirksame Präventions- und Lärmschutzmaßnahme erhoben und sollte nun verwirklicht werden.

Ich frage daher die Landesregierung: Wie positioniert sie sich zur Gesetzesregelung für ein Tempolimit von 30 km/h vor Kitas, Schulen und Seniorenheimen?

186. AfD-Fraktion

Abgeordnete Birgit Bessin

- Inbetriebnahme der Erstaufnahmeeinrichtung in Wünsdorf-Waldstadt -

Wegen der weiterhin steigenden Zahl von Asylbewerbern reichen die bisherigen Kapazitäten des Landes mit der Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung in Eisenhüttenstadt und anderen Außenstellen nicht aus. So sagte es ein Sprecher des Innenministeriums am 18.04.2015 (MAZ vom 20.04.2015). Derselben Pressemitteilung zufolge könne eine Erstaufnahmeeinrichtung in Wünsdorf-Waldstadt ab 2016 stufenweise in Betrieb gehen. Zunächst würden 500 Menschen aufgenommen, später dann bis zu 1 200. Behörden müssten umziehen. Die Kosten sind ungeklärt. Ein Ende des Zustroms ebenfalls.

Ich frage die Landesregierung: Welche konkreten Schritte unternimmt sie, um die gesellschaftliche Akzeptanz bei den Bürgern vor Ort für dieses Vorhaben zu gewährleisten?

187. Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter René Wilke

- Wohngeldreform -

In den Ausschüssen des Bundesrates wird gegenwärtig der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Reform des Wohngeldrechts und zur Änderung des Wohnraumförderungsgesetzes beraten. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf ist unter anderem beabsichtigt, das der Höhe nach festgelegte Wohngeld nach oben anzupassen. Laut Bundesregierung hat sich die Anzahl der armutsgefährdeten Haushalte von 35,1 Prozent im Jahr 2010 auf 39,4 Prozent 2013 erhöht. Von der Wohngeldreform sollen bundesweit insgesamt rund 866 000 Haushalte profitieren, darunter 324 000 Haushalte mit neuem Anspruch.

Ich frage die Landesregierung: Wie schätzt sie die Situation in Brandenburg ein?

188. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**Abgeordnete Marie Luise von Halem**- Beteiligung des Landes an der Entwicklung der Kunsthalle Brennabor, Stadt Brandenburg -

Die Kunsthalle Brennabor wird seit 2004 durch das Brandenburger Theater betrieben. Dank ihres Ausstellungsprofils im Bereich zeitgenössischer Kunst ist sie über Brandenburg und Berlin hinaus bekannt.

Auch die Lage ist besonders. Der 700 Quadratmeter große Ausstellungsraum liegt in einer sanierten Fabrikationshalle der denkmalgeschützten Industrieanlage der früheren „Brennabor“ Werke. Vom Bahnhof aus ist die Kunsthalle fußläufig erreichbar.

Zum Jahresende aber wird das Brandenburger Theater den Betrieb der Kunsthalle einstellen. Der Zuschuss der Stadt Brandenburg in Höhe von 75 000 Euro wurde 2013 gestrichen. Das Brandenburger Theater kann den Betrieb der Kunsthalle nicht aus eigener Kraft erwirtschaften.

Neue Konzepte liegen noch nicht auf dem Tisch. Dabei sind die Voraussetzungen für einen Neustart durchaus gegeben. Die fehlende Summe scheint überschaubar. Denkbar wäre hier auch die gemeinsame Nutzung der Kunsthalle von Brandenburg an der Havel mit anliegenden Landkreisen.

Daher frage ich die Landesregierung: Wird das Land die Stadt Brandenburg in irgendeiner Weise dabei unterstützen, ein sinnvolles Konzept für die Halle zu entwickeln?

189. AfD-Fraktion**Abgeordneter Franz Josef Wiese**- Sanierung der Ortsdurchfahrten -

Infrastrukturministerin Kathrin Schneider hat neulich das 100-Millionen-Euro-Sanierungsprogramm für Landesstraßen vorgestellt, welches schwerpunktmäßig den Ortsdurchfahrten zu Gute kommen soll. 753 km Ortsdurchfahrt (60 %) befinden sich laut Aussage des Ministeriums in einem schlechten Zustand. Bei durchschnittlichen Sanierungskosten von 1,35 Mio. Euro pro Kilometer (siehe Drs. 6/971) ist es möglich, mit 100 Mio. Euro maximal 74 km Ortsdurchfahrt sprich 10 % zu sanieren. Die Ministerin ließ dazu verlauten: „Mit den Sanierungsmaßnahmen verbessern sich die Verkehrsverhältnisse und gleichzeitig steigen Attraktivität und Lebensqualität in den Städten und Dörfern.“

Ich frage die Landesregierung: Wie kommt die Ministerin zu einer solchen Aussage, wenn bei vollem Mitteleinsatz gerade einmal 10 % der Ortsdurchfahrten saniert werden können?

190. AfD-Fraktion**Abgeordneter Dr. Alexander Gauland**- Zustandsbeschreibungen von Denkmälern -

In ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der AfD-Fraktion zum baulichen Zustand von Schloss Schenkendorf (Drs. 6/959) teilt die Landesregierung zu Frage 5 mit, dass das BLDAM keine Liste führt, in welcher der bauliche Zustand nach definierten Kate-

gorien erfasst wird. Als Begründung wird angeführt, dass es denkmalfachlich keine fest definierten Kategorien gibt. Als Antwort auf Frage 6 stellt die Landesregierung jedoch Folgendes fest: „Der bauliche Zustand der Denkmale im Land Brandenburg variiert von sehr gut bis sehr schlecht erhalten mit unterschiedlichen Zwischenstufen.“

Ich frage die Landesregierung: Nach welchen Kriterien richten sich die Zustandsbeschreibungen „sehr gut“ bis „sehr schlecht“, wenn es denkmalfachlich keine fest definierten Kategorien gibt?

191. AfD-Fraktion
Abgeordnete Christina Schade
- Transparenzregelung -

Aus der Antwort der Landesregierung zur Kleinen Anfrage 298 (Drucksache 6/647) hat die Landesregierung und damit die Öffentlichkeit keine Kenntnis über die Gehälter von Sparkassendirektoren. In anderen Bundesländern existieren Transparenzgesetze bzw. sind in Arbeit, um u. a. Bezüge der Vorstandsmitglieder kommunaler Unternehmen offenzulegen. Eine Transparenzregelung liegt zur Prüfung dem Ministerium der Finanzen vor.

Ich frage die Landesregierung: Gibt es erste Ergebnisse?

192. AfD-Fraktion
Abgeordneter Sven Schröder
- Hüh und hott der Landesregierung oder: Verbandsklagerecht gegen Massentierhaltung? -

In einem Zeitungsartikel vom 21.04.2015 wurde berichtet, dass Frau Staatssekretärin Quart unlängst öffentlich für ein Verbandsklagerecht gegen Massentierhaltung plädiert hat. Dies ist gegensätzlich zum Abstimmungsverhalten der Regierungskoalition.

Ich frage die Landesregierung: Welche Position vertritt sie beim Thema Verbandsklagerecht gegen Massentierhaltung?

193. AfD-Fraktion
Abgeordneter Thomas Jung
- Verhandlungen zu TTIP -

Zehntausende haben vor kurzem in ganz Europa bei einem „globalen Aktionstag“ gegen das geplante Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) protestiert. Dabei wurde wiederholt die Intransparenz der Vertragsverhandlungen kritisiert.

Ich frage die Landesregierung: Welche Schritte hat sie unternommen, um die Transparenz der Verhandlungen für die Bürger zu erhöhen?

194. AfD-Fraktion**Abgeordneter Andreas Kalbitz****- Verkürzung der Schleusenzeiten -**

Seit kurzem schließen in Ostbrandenburg die für Freizeitkapitäne wichtigsten Schleusen Neue Mühle, Kummersdorf, Storkow und Wendisch Rietz bereits um 18 Uhr und damit vier Stunden früher als sonst. Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) zufolge sollen damit Personalkosten gespart werden. Nun mehren sich Stimmen aus Wirtschaft und Tourismus, dass diese Verkürzung der Schleusenzeiten negative Auswirkungen für Firmen im Bereich des Wassertourismus haben könnte.

Ich frage die Landesregierung: Welche Auswirkungen haben die Einschränkungen der Betriebszeiten der Schleusen Neue Mühle, Kummersdorf, Storkow und Wendisch Rietz auf den regionalen Tourismus und die regionale Wirtschaft aus ihrer Sicht?